

10,80—11,80,
0, Sopaschrot
—58 Mark für
idgehend.
—550, Jung-
Stiere 550 bis
nich 200—400,
ren 410—720,
lbein 470 bis
er 70 Mk. —
uchau a. S.:
Fertel 22—30,
Milchschweine
n den Bösen und
Mischschweine
ung.
mit ganzen
schreien. Sie
vögeln, d. h.
n, damit fast
nt in erster
iebt sind bei
t. Ein Lieb-
Beeren des
ebfalls.
Der mit kleinen
dann hochrot
der ebenfalls
r größer und
der Strauch
ähnlich sieht.

Ercheinungsweise:
Täglich mit Ausnahme
der Sonn- und Festtage

Anzeigenpreis:
a) im Anzeigenteil:
die Seite 20 Goldpfennige
b) im Reklameteil:
die Seite 85 Goldpfennige

Auf Sammelanzeigen
kommen 50% Zuschlag

Für Plakatschriften
kann keine Gewähr
übernommen werden

Gerichtsstand
für beide Teile ist Calw



Amis- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw

Bezugspreis:
In der Stadt 40 Goldpfennige
wöchentlich mit Trägerlohn
Post-Bezugspreis 40 Gold-
pfennige ohne Bestellgeld

Schluss der Anzeigen-
annahme 8 Uhr vormittags

In Fällen höherer Gewalt
besteht kein Anspruch auf Lieferung
der Zeitung oder auf Rückzahlung
des Bezugspreises

Sernsprecher Nr. 9

Verantwortl. Schriftleitung:
Friedrich Hans Scheele
Druck und Verlag
der A. Oelschläger'schen
Buchdruckerei

Nr. 207

Freitag, den 5. September 1930

Jahrgang 103

Die Minderheiten zum Europa-Problem

Neuordnung Europas nur auf der Grundlage einer europäischen Völkergemeinschaft

II. Genf, 5. Sept. Am zweiten Tage des europäischen Minderheitenkongresses begann die große Aussprache über den Panuropa-Plan Briands. Sie wurde durch eine programmatische Erklärung des früheren deutschen Sejmabgeordneten in Döberichslesien, Ullrich, eröffnet. Dieser betonte, daß die Minderheiten als ein wesentlicher Bestandteil der europäischen Menschheit vollen Anspruch auf Mitwirkung an der Neuordnung Europas hätten. Es sei die Frage, ob der Zeitpunkt für eine europäische Staatenvereinigung bereits gekommen sei. Der Plan Briands beruhe auf der Anerkennung der Souveränität der Staaten und der Solidarität der europäischen Völker. Wenn jedoch eine Wahlrede, die die Revision der europäischen Grenzen berühre, in einem anderen Lande Proteste auslöse, so sei das keine Anerkennung des Souveränitätsgedankens. Wenn jede Erörterung der ungarischen Frage in den Nachbarländern zu einer Beunruhigung führe, so könne darin ebenfalls keine Anerkennung der Souveränität gesehen werden. Wenn man ferner sehe, wie Staaten gegen ihren Willen in Wirtschaftsabkommen hineingezogen würden, so sei das kein Beweis für die Achtung der Souveränität und der Solidarität der europäischen Staaten. Es sei unmöglich, eine Neuordnung Europas auf der Grundlage der heutigen Staatenordnung zu schaffen. Die Einigung Europas sei nur möglich auf der Grundlage der Völker. Die Vorgänge im Osten Europas müßten die Staatsmänner nachdenklich stimmen. Die kommunistische Weltanschauung greife immer stärker auf den Westen Europas über. Poincaré habe versucht, dem Volkstum der Minderheiten das Todesurteil zu sprechen. Die Minderheiten seien aber die eigentlichen Träger des europäischen Gedankens, weil sie durch ihr Schicksal zu europäischem Fühlen und Denken erzogen seien. Die Neuordnung Europas werde nur auf der Grundlage der europäischen Völkergemeinschaft erreicht werden können.

Die grundsätzliche Aussprache über die Stellungnahme zum Paneuropägedanken ergab eine volle Übereinstimmung dahin, daß die Minderheiten sich gegenwärtig sehen, gegenüber dem Paneuropäevorschlag Briands unter grundsätzlicher Bejahung des Gedankens einer paneuropäischen Union dennoch einen entgegengesetzten Standpunkt einzunehmen. Die in der Aussprache zutage getretene Auffassung geht da-

hin, daß der Grundsatz der nationalen Souveränität in der gegenwärtigen Entwicklung nicht mehr absolut aufrecht erhalten werden könne, ferner, daß die gegenwärtige Lage Europas nicht als etwas Endgültiges anzusehen sei. Eine Aenderung der heutigen europäischen Lage müsse vielmehr ohne Gefahr für den Frieden vorgenommen werden. Für eine europäische Union im Sinne des französischen Außenministers sei heute die unerläßliche moralische und psychologische Grundlage noch nicht gegeben. Die geistliche Vorbereitung hierfür sei unzulänglich. Die Minderheitenfrage werde in dem Vorschlag Briands völlig beiseite gestoßen. Deshalb könnten die Minderheiten dem Vorschlag ihre Zustimmung nicht erteilen. Eine grundsätzliche Lösung des Minderheitenproblems sei in dem Vorschlag Briands nicht angekündigt. Solange das große Problem der Minderheiten keine befriedigende Lösung gefunden habe, sei eine Befriedigung auf dem europäischen Kontinent nicht zu erreichen. Die Minderheiten verlangen eine europäische Union der Europäer, nicht aber der Regierungen. Die europäische Union Briands sei eine Union der Pannationalisten, nicht eine wahrhaft europäische Union.

Das belgische Minderheitenproblem

Ein vlämisch-wallonischer Teilungsvorschlag.

II. Genf, 5. Sept. Der Minderheitenkongress hat am Donnerstag einstimmig eine Entschließung angenommen, in der festgestellt wird, daß die Verhältnisse der einzelnen Minderheiten in Europa noch immer nicht geregelt seien. In der Sitzung des Kongresses forderte der bekannte vlämische Abgeordnete Ward Hermans gemeinsam mit dem Vertreter der Wallonen, Ruskla, die Zulassung zum Minderheitenkongress als Vertreter der Wallonen und Flamen in Belgien. Vor der Sitzung hatten die beiden Vertreter mitgeteilt, daß sie die Absicht hätten, im Minderheitenkongress die Forderung wallonischer und vlämischer Gruppen zu vertreten, wonach der wallonische Teil Belgiens an Frankreich, der vlämische Teil an Holland und Eupen-Malmedy an Deutschland gegeben werden solle. Diese von den vlämischen und wallonischen Vertretern dargelegte Auffassung würde nichts anderes als eine Aufteilung Belgiens bedeuten.

Orkankatastrophe in San Domingo

Die halbe Stadt durch einen Wirbelsturm vernichtet, 300 Todesopfer und 900 Verletzte

II. London, 5. Sept. Es ist nunmehr gelungen, die Kabelverbindung zwischen San Domingo (Haiti) und Amerika wiederherzustellen. Es bestätigt sich, daß die Hälfte der Stadt durch den Orkan zerstört worden ist. Weiße Teile der Stadt sind außerdem überschwemmt. Die Zahl der Toten wird vorläufig auf 300, die der Verletzten auf 900 geschätzt; jedoch ist es möglich, daß die Zahl der Todesopfer noch wesentlich steigen wird. Fast die gesamte Bevölkerung ist obdachlos. Es fehlt an Nahrungsmitteln, Wasser und ärztlichem Verbandsmaterial.

Die Schreckensnachrichten über die grauenvolle Orkankatastrophe in San Domingo haben sich, in der Stadt San Domingo sind zahlreiche Gebäude und Brücken eingestürzt. Die Funktürme von sämtlichen Radiostationen sind völlig zerstört. Der Schaden in San Domingo beträgt nach den ersten Schätzungen über 60 Millionen Mark. Das amerikanische rote Kreuz hat dem amerikanischen Gesandten in Domingo 15 000 Dollar zur ersten Hilfe zur Verfügung gestellt und bietet weitere Gelder an, sobald es über die Höhe der notwendigen Beträge unterrichtet ist. In der Stadt ist kaum ein Haus verschont geblieben.

San Domingo, das im Jahre 1496 gegründet wurde, ist die älteste Europäerstadt Amerikas. Es ist die Hauptstadt der dominikanischen Republik, die — politisch unabhängig — sich über den größten und fruchtbarsten Teil der Westindischen Inseln erstreckt. Die Stadt San Domingo liegt an der Südküste von Haiti, hat 31 000 Einwohner, insbesondere Türken und Syrier.

Erdbeben in Burma

Zahlreiche Vermisste, — Schwere Sach- und Ernteschäden.
II. London, 5. Sept. In Yapon in Burma, etwa 130 Kilometer südwestlich von Rangoon, wurde eine Reihe heftiger Erdbebensöße verspürt. Obwohl nähere Einzelheiten vorläufig noch fehlen, ist bereits bekannt, daß zahlreiche Menschen vermisst werden. Eine Reihe von Dörfern wurde zerstört, wobei auch die Ernte und der Viehbestand schwer gelitten haben. Durch Zerstörung der Bewässerungsanlagen sind weite Gebiete überschwemmt worden.

Beginn der französischen Manöver in Lothringen

II. Paris, 5. Sept. Die großen Manöver an der deutsch-französischen Grenze nahmen gestern ihren Anfang. Der Manöverplan

ist so gewählt worden, daß er etwa der Lage entspricht, die sich bei einem deutschen Angriff nach französischer Auffassung ergeben würde. Es wird angenommen, daß auf der Linie Völsburg-Trier-Saarbrücken seit mehreren Tagen eine heftige Schlacht wüthet. Die Blaue Armee, die sich im Oberelsaß zusammengezogen hat, versucht, den Roten in die Flanke zu fallen. Alle verfügbaren Streitkräfte der Roten werden nun in der Gegend von Metz-Consions-Farny zusammengezogen. Sie sollen ein eigenes Armeekorps bilden und auf schnellstem Wege nach Süden geschickt werden, um dort den rechten Flügel zu verstärken. Man will bei dieser Gelegenheit gleichzeitig die Aufgabe studieren, die in einer derartigen Lage der Kavallerie zufallen könnte. Achttausend Mann Kavallerie sind zu diesem Zweck zusammengezogen worden. Im Verein mit 500 Kampfautomobilen, Lastkraftwagen und Maschinengewehrautomobilen, sowie 400 Gepanzen will man die Möglichkeiten prüfen, die sich für die gemeinsame Verwendung der in ihrer Schnelligkeit so verschiedenen Truppengattungen ergeben.

Botschafter v. Hoersch bei Briand

II. Paris, 5. Sept. Der am Mittwoch nach Paris zurückgekehrte Außenminister Briand hat den deutschen Botschafter v. Hoersch am Donnerstag nachmittag zu einer längeren Besprechung empfangen, in deren Verlauf über die Lage in Deutschland und die bevorstehende Genfer Tagung gesprochen wurde. Anschließend fand eine Unterredung zwischen Briand und dem französischen Botschafter in Berlin, de Margezie statt. „Paris Soir“ glaubt in diesem Zusammenhang zu wissen, daß der deutsche Botschafter dem französischen Außenminister noch einmal die Erklärungen unterbreitete, die Reichskanzler Brüning und Außenminister Curtius in der vergangenen Woche zur deutschen Außenpolitik abgegeben hätten.

Tages-Spiegel

Auf dem Genfer Minderheitenkongress fand eine Aussprache über das Panuropa-Problem statt. Briands Plan wurde hierbei als unzulänglich abgelehnt.

In Paris hatte der deutsche Botschafter v. Hoersch eine Unterredung mit Briand über die Fragen der bevorstehenden Reichstagung und die außenpolitische Haltung Deutschlands.

Die Reichsregierung beabsichtigt nicht, die Ausübung des Wahlrechts gesetzlich festzulegen, da hiedurch nur unnütze Kosten entstehen würden.

Gerüchte über eine Sanierung der Reichskasse durch Aufnahme einer französischen Anleihe in Höhe von 2 Milliarden Mark werden von zuständiger Stelle dementiert.

Sowjetrußland plant, den Kommunismus in Deutschland durch ein russisches Theater in Berlin zu unterstützen.

Durch einen Wirbelsturm wurde die Hälfte der Stadt San Domingo auf Haiti vernichtet; man spricht von 300 Toten und 900 Verletzten.

Die Kreditemächtigung der Notverordnung

II. Berlin, 5. Sept. In einer Versammlung von deutsch-nationalen Industriellen hatte der deutsch-nationale Parteiführer Dr. Dersflore erklärt, daß die Notverordnung der Reichsregierung eine Kreditaufnahmeermächtigung von mehreren Milliarden Mark enthalte. Ein Finanzfachmann schätzte diese Kredite auf zwei bis zweieinhalb Milliarden Mk. Von zuständiger Stelle wird hierzu mitgeteilt, daß in den finanziellen Teilen der Notverordnung, die vor einiger Zeit veröffentlicht worden seien, in der Tat Einzelheiten über Aufnahme von Krediten enthalten seien. Von einem so hohen Betrag, wie er oben genannt worden ist, könne jedoch nicht gesprochen werden. Auch schwebten keine Anleiheverhandlungen mit Frankreich.

Keine Einführung der Wahlpflicht

II. Berlin, 5. Sept. Wie die Telegraphen-Union von unterrichteter Seite erfährt, beabsichtigt die Regierung nicht, die Wahlpflicht einzuführen. Die Einführung der Wahlpflicht sei anlässlich der Beratung der Wahlreform im Reichskabinettsausführlich durchgesprochen worden. Man sei jedoch zu der Überzeugung gekommen, daß durch eine Wahlpflicht nichts Wesentliches erreicht würde und daß durch den amtlichen Apparat, der zur Feststellung der Nichtwähler notwendig wäre, große Kosten entstehen würden. Auf einen deutsch-nationalen Antrag im Reichstage hin sei bereits im Jahre 1922 im Rechtsausschuß die Frage einer Wahlpflicht ausführlich besprochen worden. Man sei jedoch auch damals nach einem Vortrag des Abgeordneten Prof. Kahle (DVP.) zu dem Ergebnis gekommen, von der Wahlpflicht Abstand zu nehmen.

Branntweinverbot am Wahltag?

II. Berlin, 5. Sept. Amtlich wird mitgeteilt: Der Reichsminister des Innern hat bei sämtlichen außerpreussischen Landesregierungen angeregt, sich dem Vorgehen des preussischen Ministers des Innern anzuschließen und für den Tag der Reichstagswahl den Ankauf von Branntwein und den Kleinhandel mit Trinkbranntwein zu verbieten. Bei der durch den Wahlkampf sehr erregten leidenschaftlichen Stimmung in weiten Volkskreisen erscheint ein solches Verbot besonders dringend. Das neue Gaststättengesetz vom 28. April 1930 gibt den obersten Landesbehörden die Ermächtigung zu einem solchen Verbot.

Schutz der Landwirtschaft

II. Berlin, 5. Sept. Das Präsidium des Reichslandbundes hat in einem Schreiben an den Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft eine Erhöhung des Vermahlungszwanges vorgeschlagen. Der Reichslandbund hält es für dringend erforderlich, daß unter Berücksichtigung des starken Angebots an inländischem Weizen und der Gefahr starker Preisrückgänge der Vermahlungszwang auf 80 v. H. für September und Oktober festgelegt bzw. erhöht wird.

Pionierübungen an der Oder

II. Frankfurt a. O. 5. Sept. Am Donnerstag unternahmen die drei Reichswehr-Pionierbataillone 2, 3 und 5 aus den Standorten Ullstedtin und Klüßrin bei Bindow (Kreis Großen) einen Brückenschlag, der durch Vernebelung gegen Fliegerangriff völlig getarnt wurde. Die Pioniere hatten durch große Vernebelungsgeräte an mehreren Stellen der Oder größere Flußabschnitte in einen ganz leichten Nebelschleier gehüllt, in dessen Schutz bei ruhigem Wetter der Brückenbau planmäßig vorstatten ging.

Wann kommt der Wirtschaftsaufstieg?

Eine Konjunkturprognose

Von Dr. Carl von Tyska, Professor an der Universität Hamburg.

Die gegenwärtige trostlose Lage unserer Wirtschaft läßt überall die Frage nach Beendigung dieser Krise aufsteigen. Wann wird die Geschäftstätigkeit sich wieder beleben, wann wird es mit der Wirtschaft aufwärts gehen, wann wird wieder mehr verdient werden können, wann wird das große Heer der Arbeitslosen durch Neueinstellungen sich vermindern? — Diese Probleme behandelt das Institut für Konjunkturforschung in seinen neuesten Veröffentlichungen und versucht eine Voraussage der zukünftigen Entwicklung des Wirtschaftslebens, eine Konjunkturprognose zu geben. Zunächst stellt das Institut fest, daß die Wirtschaft bisher die Symptome einer dem Tiefpunkt zustrebenden Depression gezeigt hat, die jetzt in eine Periode der Stagnation einmündet. Durch die Wirtschaftsentwicklung während der letzten Monate sind aber Tatsachen geschaffen worden, die gewisse Möglichkeiten für einen kommenden Wirtschaftsaufschwung eröffnen. Diese Tatsachen sind: die Flüssigkeit des Geldmarktes, die Erleichterung am Kapitalmarkt und die niedrigen Rohstoffpreise.

Inwiefern können diese drei Faktoren geeignet sein, Antriebskräfte für einen Wirtschaftsaufschwung zu bilden? Die Flüssigkeit des Geldmarktes ist freilich zunächst nur ein Ausdruck der gegenwärtigen schlechten Konjunktur. Aber auf der anderen Seite bringt sie eine Erleichterung durch die jetzt wieder bestehende Aussicht für die Wirtschaft, in ausreichendem Umfang kurzfristige Kredite zu erlangen. Dadurch wird der Zwang zur Abstoßung von Warenvorräten, wie er noch bis vor kurzem bestand, gemildert und eine gewisse Anregung für die Produktion geschaffen. Eine ähnliche Wirkung geht von der Erleichterung am Kapitalmarkt aus, die vor allem in dem Steigen der Kurse der festverzinslichen Papiere zum Ausdruck kommt. Freilich steht demgegenüber der Rückgang des Aktienindex. Die Frage ist hier die, ob die Verbilligung der langfristigen Kredite ausreicht, um zu wesentlich höheren Investitionen im Wirtschaftsleben anzuregen. Die Möglichkeit hierfür liegt vor, denn es kann damit gerechnet werden, daß sich die Emissionstätigkeit am deutschen Kapitalmarkt im weiteren Verlauf des Jahres 1930 zunehmend bessern wird. Die dritte der möglichen Antriebskräfte ist der Rückgang der Rohstoffpreise. In dreierlei Hinsicht können von dem schon seit mehr als einem Jahr dauernden Rückgang der Warenpreise günstige Auswirkungen erwartet werden: Einmal durch Verminderung der an das Ausland für gleiche Rohstoffmengen zu zahlenden Beträge, zweitens durch Erhöhung der Spannen zwischen Rohstoffpreisen und Fertigwarenpreisen, da die letzteren langsamer sinken als die Rohstoffpreise, und drittens durch Steigerung der Absatzmengen als Folge auch des Sinkens der Fertigwarenpreise. Der erstgenannte Punkt hat eine Entlastung der Handelsbilanz und damit ein Freiwerden von Devisenbeträgen zur Folge, die nunmehr anderweitig Verwendung finden können.

Die Aktivierung der Handelsbilanz, die im Jahre 1929 eintrat und die auch gegenwärtig andauert, ist durch die Waise der Rohstoffmärkte — und auch Agrarmärkte — stark mitbedingt. Hierdurch wurde der Devisenmarkt und damit auch der Geldmarkt entlastet. Die Erhöhung der Spanne zwischen den Preisen der Fertigwaren und der Rohstoffe ist infolge der Vergrößerung der Gewinnaussichten geeignet, die Fabriken zu größerer Tätigkeit anzuregen und dadurch eine Geschäfts-

belebung herbeizuführen. Aber die auf diese Weise hervorgerufene Absatzbelebung vermag nur dann von Dauer zu sein, wenn das Sinken auch der Preise für Fertigwaren den Konsumenten den Bezug steigender Mengen bei gleichen Ausgaben ermöglicht. Deshalb kommt in dieser Hinsicht dem Rückgang der Fertigwarenpreise eine so große Bedeutung zu. Und in der Tat ist ein solcher — freilich nur in recht bescheidenem Maße — eingetreten, wie der Lebenshaltungsindeks erkennen läßt. Dieser sank nämlich von 156,5 (1913=100) im März 1929 auf 147,6 im Juni 1930. Und die Erfahrungen der früheren Jahre berechtigen zu der Hoffnung, daß sich der Preisrückgang der Fertigwaren fortsetzen wird.

Diesen vom Geldmarkt, dem Kapitalmarkt und der Preisentwicklung ausgehenden Anregungen für eine günstige Wirtschaftsentwicklung stehen aber auf der anderen Seite eine Anzahl hemmender Faktoren gegenüber. Diese Hemmnisse sind vornehmlich: das verringerte Einkommen der breiten Massen, der durch die Konjunktur verminderte Investitionswille der Unternehmer und die ungünstige Entwicklung der Auslandsmärkte. Die Beeinträchtigung des Massenkonsums ist vor allem auf die starke Arbeitslosigkeit und zunehmende Kurzarbeit in vielen Wirtschaftszweigen zurückzuführen. Verminderter Absatz an dem „elastischen Bedarf“ wie Bekleidung, Hausrat, Konsumgegenständen, aber auch an hochwertigen Lebensmitteln wie Milch, Butter, Eiern tritt als Folge auf. Steigung des Massenkonsums ist aber erste Voraussetzung der Besserung der Wirtschaftslage. Deise Anzeichen dafür liegen einmal in dem geschilderten Rückgang der Warenpreise, ferner in den Erleichterungen des Geld- und Kapitalmarktes vor. Aber gerade diese Preisrückgänge wirken wieder ungünstig auf den Investitionswillen der Unternehmer. Denn erfahrungsgemäß reizen hohe Preise zu Geschäftserweiterungen, niedrige dagegen zu Produktions einschränkungen an. Als dritter hemmender Faktor tritt die ungünstige Entwicklung der Auslandsmärkte hinzu; denn der gegenwärtige Konjunkturrückgang in Deutschland fällt ja mit einem weltwirtschaftlichen Konjunkturrückgang zusammen. Dadurch haben sich die Exportaussichten der deutschen Industrie verschlechtert, insbesondere ist die Kaufkraft der Agrar- und Rohstoffländer, wozu ein großer Teil deutscher Industriegeräte ausgeführt wird, vermindert. Und Aussichten auf einen schon bald eintretenden weltwirtschaftlichen Konjunkturumschwung sind kaum vorhanden.

So stehen also einer Reihe günstiger Faktoren auch eine Anzahl Hemmnisse gegenüber. Was wird die Zukunft bringen? Da die Entwicklungstendenzen am Geld- und Kapitalmarkt geeignet sind, der künftigen Wirtschaft wesentliche Erleichterungen zu bringen, da weiter zu erwarten ist, daß die Abwärtsbewegung der Warenpreise anhalten wird, kann wohl mit Bestimmtheit gesagt werden, daß der Tiefpunkt der schweren Depression überwunden ist. Freilich eröffnet sich ein günstiger Konjunkturausblick nur erst auf lange Sicht. Vorerst steht dem noch entgegen, daß die Kaufkraft der breiten Massen gedrückt bleiben wird, daß der Investitionswille der Unternehmer als nur gering veranschlagt werden kann, und daß auch die Exportlage als ernst bezeichnet werden muß.

Danzig und Gdingen

11. Danzig, 4. Sept. In der Vollziehung des Danziger Volkstages hielt der Präsident des Senats, Dr. Sahm eine große außenpolitische Rede und erörterte Danzigs Verhältnis zum Völkerbund, zu Polen und zum Deutschen Reich. Bezüglich des Verhältnisses Danzigs zum Völkerbund betonte Dr. Sahm, Danzig suche nicht den Weg zu den durch

die Verträge geschaffenen Schiedsinstanzen, es meide ihn aber auch nicht, wenn es ihm zur Wahrung der Rechte Danzigs als notwendig erscheine. Bezüglich der Danziger Beziehungen zu Polen betonte Dr. Sahm, Danzig sei bereit, die bestehenden Verträge zwischen Danzig und Polen loyal zu erfüllen. Es habe das Vertrauen, daß sich das Wirtschaftsleben Polens nach Überwindung der gegenwärtigen Wirtschaftskrise günstig gestalten und daß dann auch Danzig bei ehrlicher wirt-

schaftlicher Zusammenarbeit mit Polen Vorteile haben werde, denn die Verflechtung der beiderseitigen Wirtschaft sei von Jahr zu Jahr enger geworden, aber Danzig müsse auch verlangen, daß Polen bei der Gestaltung und Auswirkung der Verträge ihrem Geiste gerecht werde, damit den Interessen der Danziger Wirtschaft Rechnung getragen werde. Dr. Sahm ging dann eingehend auf die Frage ob und über. Bei Abschluß des Verfallter Vertrages hätten die alliierten Mächte erwartet, daß die politische Neuordnung Danzigs den wirtschaftlichen Interessen der Danziger Bevölkerung entsprechen würde. Diese Annahme habe sich nicht bestätigt. Der wirtschaftliche Wohlstand Danzigs habe sich in den Jahren der Nachkriegszeit gegenüber der Zeit vor dem Kriege nicht gehoben, das Gegenteil treffe zu. Bei der Mehrzahl der Umschlagsgüter des Danziger Hafens habe der Danziger Einzelhandel seine führende Stellung verloren. Der Danziger Hafen sei vom Handelshafen zum Expeditiohsafen herabgesunken. Die zahlenmäßige Vergrößerung seines Warenverkehrs beruhe auf einer außerordentlichen Zunahme des Verkehrs geringwertiger Massengüter. Ein großer Teil des polnischen Handels werde von dem Wege über Danzig abgelenkt, da Polen die nach Danzig führenden Eisenbahnen und Wasserwege nicht in genügendem Maße ausbaue, da es den Ausbau des Danziger Hafens unzureichend fördere und da es unmittelbar neben Danzig einen eigenen Hafen in Gdingen erbaut habe und den Verkehr dieses Hafens mit allen Mitteln fördere.

Danzigs Lage verschlechterte sich von Tag zu Tag. Die Bemühungen der Regierung, eine Regelung im Wege der Verhandlungen zwischen Danzig und Polen zu schaffen, hätten zu keinem Ergebnis geführt, weil die polnische Regierung gegenüber den Forderungen Danzigs eine ablehnende Haltung eingenommen habe. Die Danziger Regierung habe sich daher genötigt gesehen, eine Entscheidung beim Danziger Völkerbundskommissar zu beantragen. Ihre Ansprüche stütze die Freie Stadt Danzig darauf, daß sie nach dem Verfallter Vertrag dazu berufen sei, den Zugang Polens zum Meere zu bilden und daß nach der rechtskräftigen Entscheidung des Danziger Völkerbundskommissars Salting vom August 1921 die polnische Regierung verpflichtet sei, den Danziger Hafen voll auszunutzen und andererseits die Danziger Regierung verpflichtet sei, die Interessen Polens bezüglich des freien Zuganges zum Meere zu allen Zeiten zu wahren.

Ueber die Beziehungen zu Deutschland erklärte Dr. Sahm, daß die Danziger Regierung die engen kulturellen Beziehungen zu Deutschland stets gefördert habe in Uebereinstimmung mit den Wünschen der Bevölkerung. Die innige Verbundenheit sei ganz besonders bei dem jährigen Jubelstift der Danziger Technischen Hochschule zum Ausdruck gekommen. Dr. Sahm schloß mit der Mahnung, sich in Danzig keinem ungesunden Pessimismus hinzugeben.

Die Konkordatsfrage in Preußen

Noch kein Staatsvertrag mit der evangelischen Kirche. 11. Berlin, 4. Sept. Wie die Telegraphen-Union von zuständiger preussischer Stelle erfährt, entsprechen die Meldungen über die angebliche Fertigstellung des Entwurfes eines Staatsvertrages zwischen Preußen und den evangelischen Landeskirchen nicht den Tatsachen. Bisher seien lediglich die Verhandlungen zu Ende gegangen, deren Ergebnis die nächste Kabinettsitzung beschäftigen werde. Hierzu erklärt der Evangelische Pressedienst ergänzend, der Behauptung, daß in allen wichtigen Fragen ein Einverständnis zwischen den Partnern erzielt sei, sei die Tatsache entgegenzuhalten, daß in den bisherigen Verhandlungen noch wichtige und entscheidende Fragen, besonders die der politischen Klausel, offen seien. Die evangelischen Kirchen warteten seit Monaten auf einen formulierten Vorschlag, der ihnen von Seiten des Staatsministeriums in Aussicht gestellt worden sei. Das Staatsministerium habe zu dem Entwurf des Staatsvertrages überhaupt noch nicht Stellung genommen, vielmehr sei diese Stellungnahme immer wieder hinausgeschoben worden.

Maske gegen Maske

Roman von Hermann Hilgendorff

Copyright by Greiner & Co., Berlin NW 6 (Nachdruck verboten.)

88. Fortsetzung.

In diesem Augenblick ahnte Young wohl nicht, daß er sich innerhalb weniger Stunden dennoch verhaften mußte.

Young und ich bildeten aus Schiffsoffizieren eine Patrouille und durchsuchten das Schiff nach dem Pater. Von dem Pater war nirgends eine Spur.

Weder von dem Pater, noch von dem geraubten Schmuck, ja, nicht einmal von den großen Koffern, die, nach Aussage eines Stenards, der uns begleitete, in seiner Kabine gestanden hatten, und die nun, genau wie er selber, wie von den Wellen verschlungen zu sein schienen.

Und trotzdem waren wir alle nach dem ergebnislosen Durchsuchen fest überzeugt, daß der Pater unter den Durchsuchten gewesen war, daß er eine neue, uns unbekannt Maske trug, daß wir wahrscheinlich in irgendeiner der vielen Kabinen einen heiteren oder erregten oder gleichgültigen Disput mit ihm gehabt haben.

Wie wollte man unter den hundert Gesichtern dieser ungewöhnlichen Menschen das seine herauskennen... das seine, das wir alle nie gesehen hatten, wie es wirklich war.

Und doch hatte ich eine Vorstellung von seinem wahren Gesicht: ich kannte das Gesicht eines Mannes, der ebenso trefflich mit einer Luftpistole umzugehen verstand wie er...

15. Kapitel

Die Frau, die mich verhaften läßt.

Einige Stunden später geschah etwas, was meine ganzen Pläne und Berechnungen über den Haujen warf. Ich wurde verhaftet. Und das geschah so:

Ich ging mit Dr. Roullier auf dem Vorderdeck spazieren. Wir unterhielten uns über die Ereignisse der Nacht, und der Doktor äußerte sein Mißfallen über die Dummheit Youngs, des Kapitäns und des Steuermanns (mich nannte er wohl aus Höflichkeit nicht), nicht einmal mit einem Kerl fertig werden zu können, der unbedingt auf dem Schiff sein mußte.

Er schwor tausend Eide, es der Schiffsgesellschaft schon entränken zu wollen, solche Mörderkähne fahren zu lassen und dabei Leib und Leben Männern wie den genannten anzuvertrauen.

Auf meinen Einwand, daß er selbst doch gar nicht bestohlen sei, wollte er wütend mit den Augen und schrie:

„Aber meine Nerven, was meinen Sie...“

Ich kam nicht mehr dazu, zu erzählen, was er meinte, denn wir waren eben an dem Dedaubau angelangt, in dem das Lazarett untergebracht war. Ein lauter Aufschrei, der von einem der offenen Fenster herkam, machte uns zusammenfahren.

Im Fensterrahmen sah ich das Gesicht einer Dame, die diesen Schrei des Entsetzens und des Entsetzens ausgestoßen hatte.

Ich sah in zwei Augen, die mit allen Anzeichen des Entsetzens und des Grauens auf mich gerichtet waren.

Aber nur auf Sekunden waren Angst und Schrecken in diesem Gesicht und in diesen weit aufgerissenen Augen. Ganz jäh zogen sich diese Augen zusammen und wurden stahlhart und drohend.

Ganz plötzlich veränderte der Kopf vom Fenster.

Angst überkam mich.

Ich kannte dies Gesicht nur zu gut, und ich fühlte, wie mir der Schweiß auf die Stirn trat. Und sie selbst — für sie war ich in dieser Maske nichts anderes als der Einbrecher aus jener Schreckensnacht in der Villa des Konsuls Traer.

„Kommen Sie, Dr. Roullier... vielleicht eine Revolverkugel... Wir wollen sie mit unserem Anblick nicht aufregen...“

Ich veruchte, Dr. Roullier fortzuziehen. Doch in diesem Moment fuhr ein Revolver aus dem Fenster, und eine stahlharte Stimme rief:

„Ich blieb unwillkürlich stehen. Die Augen des jungen Mädchens ließen es mir geraten erscheinen, zu gehorchen.“

„Nehmen Sie ruhig Ihre Hände hoch, Herr... Herr...“

„Sie wissen, daß ich Sie kenne...“

Ich wagte nicht, zu zögern, und streckte die Arme in die Höhe.

Dr. Roullier sah mich mit dem Ausdruck des größten Entsetzens an.

„Ja, Sie meine ich... Und den anderen Herrn, dessen Namen ich leider nicht weiß, bitte ich, sofort den Detektiv Young holen zu lassen, damit er einen Mörder festnehmen kann!“

„Ein Mörder?“ schrie Dr. Roullier.

„Ja, aber becken Sie sich... Der Mensch ist mir schon einmal entkommen...“ sagte die weibliche Stimme aus dem Fenster heraus.

Dr. Roullier entfernte sich mit einer Hast, die ich seinem asthmatischen Körper nicht zutrauen hätte.

Als sich Dr. Roullier entfernt hatte, sagte ich:

„Darf ich Ihnen schnell etwas erklären...“

„Wenn Sie ein Wort reden, schieße ich ohne Rücksicht auf Sie. Ich lasse mich nicht ein zweites Mal übertölpeln.“

Ich sah in ihre Augen, weiß Gott, diese Augen strahlten ihre Worte nicht Lügen. Sie waren voller Härte und Energie. Sie würde mich nicht getötet, aber sicher angeschossen haben, um mir jede Flucht unmöglich zu machen.

Ich seufzte resigniert auf.

Zehn Worte mit ihr allein gesprochen, hätten mich erlöst. Aber sie ließ mich diese zehn Worte nicht sprechen.

Und nun sah ich auch schon Young mit Dr. Roullier auftauchen. Jetzt kamen alle Worte zu spät.

„Was ist denn hier los?“ rief Young und starrte auf den Revolver und auf meine erhobenen Hände.

„Fräulein Traer, was machen Sie denn?“ wandte er sich gegen das Fenster.

Die Stimme war kalt und ruhig, die jetzt heraus-

sagte: „Mr. Young... dies ist der Mann, der den Konsul Traer ermordete und mich anschoß... Wollen Sie ihn bitte verhaften?“

(Fortsetzung folgt.)

Amtliche Bekanntmachungen

Stadtgemeinde Calw.

Polizeistunde

Auf Grund der Verordnung des Innenministeriums über die Polizeistunde vom 7. August 1930 wurde die Polizeistunde für Calw mit Zustimmung des Gemeinderats auf nachts 12 Uhr festgesetzt.

Calw, den 4. September 1930.

Stadtschultheißenamt: G h n e r.



Veteranen- und Militär-Berein Calw.

Der Verein feiert
am Sonntag, den 7. September
ab 2 Uhr nachmittags

im Schützenhaus am Tälesbach

Sommer- u. Kinderfest

unter Mitwirkung der Stadtkapelle Calw
verbunden mit Vereinspreisjahren
in Groß- und Kleinkaliber

Die Kameraden werden gebeten, sich mit ihren Angehörigen recht zahlreich einzufinden. Freunde und Gönner sind herzlich eingeladen. Für reichhaltige

Kinderbelustigung
ist gesorgt. Der Ausschuß.

Luftkurort Hirsau

Heute Freitag, abends 8-10 Uhr

Kuranlagen-Konzert

mit Tanz

Kurverwaltung

Neubulach.

Geschäftsverlegung und -Empfehlung

Der verehrl. Einwohnerschaft von Neubulach und Umgebung zur gefl. Kenntnisnahme, daß ich mein Friseurgeschäft in das Haus von

Wilhelm Fischer, Flaschnermstr. verlegt habe und dasselbe in feinerer Weise weiterführen werde. Für das mir bisher entgegengebrachte Vertrauen danke ich bestens und bitte, dasselbe mir auch fernhin bewahren zu wollen. Es wird mein aufrichtiges Bestreben sein, meine wertere Kundenschaft aufs Beste zu bedienen.

Gleichzeitig empfehle ich

Toilette-Artikel, Parfümerien und Rauchwaren.

Hochachtungsvoll

Gottfr. Koller, Friseur.

Öffentliche Kundgebung

Samstag, 6. Sept., abds. 8 Uhr,

in der Restauration Weiß, Badstraße Calw

„Der Weg zu Deutschlands Rettung“

Nebner: Landtagsabg. Bauer, Nagold
Heraus zum Kampf gegen Steuerhölle, Youngplan, Arbeitslosigkeit, Inflationsraub, Verschwendungspolitik usw.

Volksrechtspartei

(Reichspartei f. Volksrecht u. Aufwertung)

Christlich-soziale Reichspartei

Wählt Liste 11 Wählt Liste 11

Eintritt frei.

Männer und Frauen willkommen.



Der Nationalsozialist von Jagow

spricht heute Freitag, den 5. September, abends 8.30 Uhr

im Badischen Hof in Calw

Unkostenbeitrag 30 Pfg. Arbeitslose frei
Freie Aussprache

N. S. D. A. P. Ortsgruppe Calw

Unglaublich!
Billig!

Nahrhaft!
Schmackhaft!

1/2 Pfd. Fruchtcreme-Waffeln nur 39 Pfg.
1/2 Pfd. Milchcreme-Waffeln nur 49 Pfg.
1/2 Pfd. Th. & G. Waffelmischung nur 59 Pfg.
1/2 Pfd. Schokolade-Waffeln nur 69 Pfg.

In über 1100 Geschäften sind unsere Waren erhältlich.

Thams & Garfs

Niederlage: Calw, Lederstr. 3.

Sommer-Sprossen

auch in den hartnäckigsten Fällen, werden in einigen Tagen unter Garantie durch das echte unschädliche Feintverfeinerungsmittel „Venus“ Stärke B beseitigt. Keine Schälkur. Pr. #2.75 Gegen Pikel, Miteffer Stärke A.

Ritter-Drogerie beim Hotel Adler.

Suche

Fräulein

das unentgeltlich das Kochen erlernen kann.

Marie Braun zum Lamm, Altburg.

2 gute, gebrauchte

Heuseile

verkauft. Wer, sagt die Geschäfts-Stelle dieses Blattes.

Bad Liebenzell — Wochen-Programm

- | | |
|--|---|
| <p>Samstag, 6. Sept.,
Sonntag, 7. Sept.,
Montag, 8. Sept.,
Dienstag, 9. Sept.,
Mittwoch, 10. Sept.,
Donnerstag, 11. Sept.,
Freitag, 12. Sept.,
Samstag, 13. Sept.,
Sonntag, 14. Sept.,
Montag 15. Sept.,</p> | <p>nachmittags 4-6 Uhr Kurkonzert abends 8 1/2-12 1/2 Uhr Tanzabend im Kurjaal (Leitung: Tanzmeister Kehle, Pforzheim.) Eintritt: 1.-RM., Beikarten 50 Pfg.</p> <p>vormitt. 11-12 Uhr Promenadkonzert in den Kuranlagen nachm. 3-4 Uhr vor den Kurjaalterrassen Vorführungen des Radfahrervereins Stuttgart 1886 e.V., Geschicklichkeitsprüfungen, Damenkunstsport, nachm. 4-6 Uhr Kurkonzert Eintritt für beide Veranstaltungen 50 Pfg. abends 8 1/2-10 Uhr Kurkonzert Anschließend Tanz im Kurjaal.</p> <p>nachmittags 4-6 Uhr Kurkonzert.</p> <p>nachmittags 4-6 Uhr Kurkonzert abends 8 1/2-10 Uhr Kurkonzert</p> <p>nachm. 1/4-1/5 Uhr Kurkonzert abends 8 1/2-12 Uhr Tanz-Tee im Kurjaal abends 8 1/2-9 1/2 Uhr Konzert der Kurkapelle 9 1/2-12 Uhr Ball im städt. Kurjaal.</p> <p>nachmittags 4-6 Uhr Kurkonzert abends 8 1/2-10 Uhr Kurkonzert.</p> <p>nachmittags 4-6 Uhr Kurkonzert</p> <p>nachmittags 4-6 Uhr Kurkonzert abends 8 1/2-12 1/2 Uhr Tanzabend im Kurjaal. Eintritt: 1.-RM., Beikarten —.50 RM.</p> <p>vorm. 11-12 Uhr Promenadkonzert in den Kuranlagen nachm. 4-6 Uhr Kurkonzert abends 8 1/2-10 Uhr Kurkonzert.</p> <p>nachm. 4-6 Uhr Kurkonzert.</p> |
|--|---|
- Städt. Kurverwaltung

Musik-Verein Stammheim
Sonntag, den 7. September 1930

Garten-Fest

Hiemit ergeht an alle unsere Mitglieder sowie Freunde und Gönner von nah und fern freundliche Einladung zu recht zahlreichem Besuche.

1/6 Uhr Tagwacht.
Von 12 Uhr ab Empfang der auswärtigen Vereine.
13 Uhr Festzugaufstellung auf dem Windhof, anschließend Konzert - Vorträge der verschied. Kapellen.
17 Uhr Massenchor, Leitung Kapellmeister Soli. Alte Kameraden. (Marsch). Immer lustig und fidel (Potpourri), anschließend T a n z.

L. Binder, Vorstand.

Liederkranz Oberkollbach

Der Verein hält am Sonntag, den 7. September 1930 ein

Garten-Fest

ab, verbunden mit Konzertsingen unter Mitwirkung des Männergesang-Vereins „Freundschaft“ Dillstein. Freunde u. Gönner unserer Sache sind hiermit freundlichst eingeladen.

Abends Tanz

Beginn nachmittags 1 Uhr.

Der Ausschuß.

Wahl-

Drucksachen aller Art sowie

Plakate

zur Ankündigung von Wahl-Versammlungen, erhalten Sie rasch und preiswert durch

Tagblatt-Druckerei

Prima Rindfleisch
und ff. Wurstwaren

empfiehlt

B. Müller zur „Krone“

In allen Abteilungen

Grosse Preisermässigung

wegen Umorganisation und Modernisierung unserer Verkaufsräume

Da hierdurch unsere w. Kundschaft beim Einkauf mancher Störung ausgesetzt ist, haben wir als Entschädigung hierfür

sämtliche Waren im Preise wesentlich reduziert

(mit Ausnahme aller Netto- und Marken-Artikel, bei denen wir an Preise gebunden sind)

Es lohnt sich daher, schon jetzt den Bedarf auch für später einzudecken, da bereits ein großer Teil HERBST-NEUHEITEN eingetroffen ist

Wronker

HERMANN

AKTIENGESELLS.

PFORZHEIM

Aufruf zur Sammlung!

Deutsche Staatspartei und Deutsche Volkspartei gehen in Württemberg Schulter an Schulter in den Wahlkampf.

Sie geben dem Deutschen Volke ein Beispiel, in Zeiten höchster Not das Vaterland über die Parteien zu stellen.

Ohne ihre Grundsätze und ihre Selbständigkeit aufzugeben, sind beide Parteien in dem festen Willen geeint, das freiheitliche und vaterländische Staatsbürgertum aus der Zersplitterung zur Sammlung, aus der Einflußlosigkeit zur Macht zu führen.

Sie wollen die gesammelte Kraft der staatsbewußten Wählermassen einsetzen, um das Reich nach außen und nach innen zu sichern, die schwere Staats- und Wirtschaftskrise zu überwinden und unser Staatswesen im Geiste wahrer Volksgemeinschaft zu erneuern.

Ueber alles Trennende hinweg sind sie sich einig, daß die Sammlung der staatsbürgerlichen Kräfte auf die ganz großen, einfachen Richtlinien der deutschen Politik erfolgen kann und erfolgen muß.

Sie sind sich einig,

daß die Notverordnung des Reichspräsidenten notwendig war, um einen katastrophalen Zusammenbruch der Staatsfinanzen abzuwehren, aber sie verlangen darüber hinaus

eine sofortige grundlegende Finanzreform

mit dem Ziele, die Reichsverwaltung zu vereinfachen, die Staatsausgaben abzubauen und sie mit der Leistungsfähigkeit der Steuerzahler in Einklang zu bringen.

Sie sind sich einig,

daß die große Errungenschaft der Sozialversicherung erhalten und gesichert werden muß: Schutz den Schaffenden aller Stände gegen Krankheit, Altersnot und Arbeitslosigkeit, aber keine Prämien für Nichtstuer und Drückeberger! Keine Arbeitergroßchen für den, der ehrliche Arbeit grundlos verweigert, aber

Arbeitsbeschaffung für jeden Arbeitsfähigen und Arbeitswilligen!

Schutz auch der selbständigen, soliden Privatwirtschaft in Handel, Gewerbe und Industrie und dem guten handwerklichen Können gegen Ueberlastung und gegen sinnlose Sozialisierungsexperimente, aber schärfste Unterbindung der preistreibenden Auswüchse des Kartellwesens!

Sie sind sich einig,

daß die Landwirtschaft die größte Kraftquelle deutschen Wohlstandes u. der beste Nährboden deutscher Volksgesundheit ist u. fordern darum

eine tatkräftige Agrarpolitik

zur Ueberwindung der gegenwärtigen Krise. Sie sind überzeugt, daß die Gesundung der Landwirtschaft von innen heraus erfolgen muß, vor allem durch Vermehrung des Absatzes. Steigerung des Verbrauchs heimischer Güter ist die beste aktive Handelspolitik! Jeder deutsche Volksgenosse kann dazu beitragen!

Sie sind sich einig,

daß ein arbeitsfreudiges Berufsbeamtentum nur erhalten werden kann, wenn nicht Protektion und Parteizugehörigkeit, sondern

das Leistungsprinzip

über den Aufstieg der Tüchtigen entscheidet.

Eine großzügige Kultur- und Bildungspolitik soll unter Lockerung des starren Berechtigungswesens allen aufstrebenden Kräften Lebensraum und Betätigungsfreiheit schaffen.

Wo es gilt, der deutschen Arbeit durch künstlerische und technische Fähigkeit in der ganzen Welt wieder zum Siege zu verhelfen, steht gerade unsere süddeutsche Jugend in vorderster Linie. Alle Maßnahmen sind zu fördern, die ihr bei der Erreichung ihres hohen Zieles helfen.

Sie sind sich einig,

daß eine gründliche Wahlreform den deutschen Staatsbürger von dem mechanischen Listensystem der reinen Parteienherrschaft befreien und die Volksvertretung wieder auf

die lebendigen Kräfte des persönlich. Vertrauens stellen muß.

Sie sind sich einig,

daß die deutsche Außenpolitik im Geiste des Friedens und der Freiheit der Nationen fortgeführt werden muß. Als unerläßliche Voraussetzung dafür sehen sie an, daß

Deutschlands Anspruch auf Gleichberechtigung

unter den Nationen ebenso anerkannt wird, wie der deutsche Rechtsanspruch auf Revision unhaltbarer Bestimmungen der Friedensverträge, auf Schutz der Minderheiten und auf Sicherung seiner Landesgrenzen.

Sie wollen keinen Vergeltungskrieg, keine Bürgerkrieg und keine neue Inflation, keine Zersplitterung des Volkes in Klassen, Rassen und Interessentengruppen. Darum Schach dem Radikalismus von links und von rechts und Schluß mit Verhegung und Diktaturgerede! Auf zu gemeinsamer Arbeit zum Wohle des Vaterlandes!

Deutsche Staatspartei und Deutsche Volkspartei haben ihre Reichstagskandidaten in Württemberg auf einer gemeinsamen Liste vereinigt und ihren Wahlvorschlag mit der badischen Einheitsliste verbunden. Der gemeinsame Wahlvorschlag führe die Bezeichnung

Einheitsliste (Deutsche Volkspartei - Deutsche Staatspartei)

An der Spitze stehen in Württemberg die Namen Dr. Theodor Heuß, Reinhold Henne, Frau Mathilde Maißch, Dr. Alfred Colmann. In Baden wird die Einheitsliste von den Reichsministern Dr. Curtius und Dietrich geführt.

Erprobte Führer des Deutschen Volkes und neue zielbewusste Kräfte werden um das Vertrauen der Wähler und Wählerinnen, der alten und der jungen Generation. Mit Verantwortungsbewußtsein und frischer Tatkraft setzen sie sich dafür ein, daß das Deutsche Reich aus schwerer Not gerettet, das deutsche Volk zu neuem Aufstieg geführt wird. Hinter ihnen steht alles, was den Staatsgedanken über kleinliche Selbstsucht, das Vaterland über die Partei stellt. An sie alle ergeht unser Ruf: Wählt am 14. September die Liste 6!

Deutsche Staatspartei und Deutsche Volkspartei Württemberg

Vorstehenden Aufruf unterzeichnen:

Calw.
Abolf Paul.
 Aldinger, Gewerbeschuldirektor
 Baenschle J., Oberpräzeptor a. D.
 Belz Friedr., Fahrradhandlung
 Costenbader Carl, Privatier
 Essig Georg, Buchdruckereibesitzer
 Essig Heinz sen., Flaschnerobermeister
 Hahn H., Uhrmachermeister
 Hammer, C., Metzgerobermeister
 Hilligard A., Berr.-Aktuar
 Hölber, Amtsgerichtsrat

Kern Geh., Kaufmann
Rirchherr C., Malerobermeister
Röhler Fritz, Fabrikant
Lamparter Friedr., Kaufmann
Lebzelter, Schlossermeister
Pöfler S., Schaffner a. D.
Wak Philipp, Gärtneribesitzer
Mezger Eberhard, Dr. med.
Michelson Fritz, Kaufmann
Michelson Otto, Kaufmann
Niethammer G., Bäckermeister
Perrot H. sen., Fabrikant

Proß Carl, Verwalt.-Direktor
Rau Emil, Gastwirt
Rau Martin, Postinspektor
Rausser G., Oberamtspfleger
Rheinwald, Rechtsanwalt
Sauer Christian, Gipfermeister
Schleich Rudolf, Dr. med.
Schmid Carl, Stadtpfarrer a. D.
Schmid Carl, Fabrikant
Schmid Hermann, Fabrikant
Schnauffer Carl, Hoteller
Schnauffer Elisabeth, Postassistentin

Schuler Fritz, Gemeinderat
Staub Albert, Bildhauer
Stroh Hermann, Kaufmann
Stüber Carl, Kaufmann
Unger Georg, Sparkassendirektor
Wagner Hermann, Privatier
Wagner Otto sen., Fabrikant
Waidelich Carl, Metzgermeister und Gasthofbesitzer
Weich M., Zigarrenmachermeister
Weiß G., Bierdepot

Die bürgerliche Sammlung marschiert!

Kommt alle, Alt und Jung, am Samstag, den 6. September, abends 8 Uhr in den Badischen Hof! Dort spricht Herr Dr. Burger aus Stuttgart

über die brennenden Tagesfragen und die

Einheitsliste Nr. 6

Deutsche Volkspartei.

Deutsche Staatspartei.